Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 62. Sonnabend den 3. März 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 4. März, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Zur Unterstützung unserer Landsleute in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche durch die noch andauernden großen Ueberschwemmungen schwer heimgesucht sind, erklären wir uns bereit, in unserer Stiftungsbuchhalterei, Rathhaus, 1. Etage, Beiträge anzunehmen, und werden wir diese durch die Firma Knauth & Rothenstein ihrer Bestimmung zuführen.

Leipzig, am 26. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.
Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 15. dieses Monats, welche nachstehend beigedruckt ist, fordern wir gemäß der im Monat December vor. Jahres vorgenommenen Consignationen die Besitzer von Pferden und Rindern hiermit auf, die darauf gelegte Jahressteuer ohne Verzug an unsere Stadt-Steuereinnahme (Brühl 51, 3. Etage, Zimmer Nr. 7) zu bezahlen.

Leipzig, den 19. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Illg.

Verordnung,

die für die consignirten Rinder und Pferde, zur Deckung der im Jahre 1882 aus der Staatscasse bestrittenen Verläge an Entschädigungen, zu erhebenden Beiträge betreffend.

Auf Grund der im Monat December vorigen Jahres vorgenommenen Consignation der im Lande vorhandenen Rinder und Pferde ergiebt sich, daß zur Erstattung derjenigen, auf das Jahr 1882 verlagsweise aus der Staatscasse bestrittenen Beträge, die nach dem Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 an Entschädigungen für die wegen Seuchen auf polizeiliche Anordnung getödteten oder nach dieser Anordnung gefallenen Thiere zu gewähren gewesen, beziehentlich an erwachsenen Verwaltungskosten entstanden sind, auf jedes von den consignirten

a. **Rindern** ein Jahresbeitrag von **drei Pfennigen**,

b. **Pferden** ein Jahresbeitrag von **elf Pfennigen** entfällt.

Indem Solches nach Maßgabe der Bestimmung in §. 4 der Verordnung vom 4. März 1881 — Gesetz- und Verordnungsblatt von 1881, Seite 13 — andurch bekannt gemacht wird, werden die zur Einhebung der beregten Jahresbeiträge berufenen Polizeibehörden (Stadträthe, Bürgermeister, Gemeindevorstände) andurch angewiesen, auf Grund der Eingangs gedachten, aus den Kreishauptmannschaften, beziehentlich Amtshauptmannschaften abgestempelt an sie zurückgelangten Consignationen die im Vorstehenden ausgeschriebenen Jahresbeiträge von den betreffenden Rindvieh- und Pferdebesitzern unverzüglich einzuheben und, unter Beischluß der Consignationen, an die Kreishauptmannschaften, beziehentlich Amtshauptmannschaften einzuzahlen.

Dresden, am 15. Februar 1883.

Ministerium des Innern.
v. Nostitz-Wallwitz. Körner.

Bekanntmachung.

Der Kammerjäger Herr Carl Fritzsche in Eutritzsch und Herr Louis Graf von hier sind von uns mit Anweisung versehen worden, die in den städtischen **Schleußen** befindlichen **Ratten** mittelst **Giftpräparate zu vertilgen.**

Wir haben deshalb die Stadt in zwei Bezirke getheilt und zwar der Art, daß als Grenzscheide die Dresdner Straße, Grimmaische Straße, Thomasgäßchen, Centralstraße, Elsterstraße, Waldstraße angenommen wird und der nördliche Bezirk an Herrn Fritzsche, der südliche Bezirk an Herrn Graf überwiesen worden ist.

Indem wir dies zur allgemeinen Kenntniß bringen, fordern wir alle hiesigen Grundstücksbesitzer auf, in ihren Gebäuden und insbesondere in den Privatschleußen ꝛc. für Beseitigung der Ratten ebenfalls besorgt zu sein und geben anheim, sich zu diesem Behufe entweder direct an die genannten Kammerjäger oder an unsere Marstall-Expedition, Hospitalstraße 2b parterre, woselbst Bestellungen entgegengenommen werden, zu wenden.

Leipzig, den 27. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Tichorius.

Holzauction.

Mittwoch, den **7. März 1883** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Schlage in Abtheilung 43 und 44

8 Rmtr. Eichen-**Brennscheite,**
10 **Abraumhaufen** und
42 **starke Langhaufen,** sowie
180 **Bund Dornen**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle nach dem **Meistgebote** verkauft werden.

Zusammenkunft: in der Nonne an der Dr. Heine'schen Brücke bei Neuschleußig.

Leipzig, am 22. Februar 1883.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Auf dem **städtischen Lagerplatze** vor dem Dresdner Thore sollen

am 6. März cr. Vormittags 9 Uhr

13 Haufen altes **Bauholz** an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Das Holz ist sofort nach der Versteigerung abzufahren.

Leipzig, am 24. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Tichorius.

Connewitz. Die günstigen Finanzverhältnisse hiesiger Gemeinde haben uns veranlaßt, die von den Grundsteuereinheiten zu entrichtenden Gemeindeabgaben von 14 ₰ auf 12 ₰ pro Einheit herabzusetzen und die in §. 8 des hiesigen Abgabenregulativs vom 13. April 1881 normirten Sätze für die Gemeinde-Einkommensteuer für das laufende Jahr um zehn Procent zu ermäßigen, was den Betheiligten mit dem Bemerken bekannt gegeben wird, daß die erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung hierzu ertheilt worden ist.

Connewitz, den 2. März 1883.

Der Gemeinderath.
Eulenstein, Gemeindevorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Die Lage in Albanien.

Die Nachrichten aus Scutari lauten noch immer recht bedrohlich. Nach den letzten uns zugehenden Depeschen sind die Führer der Bergstämme von Gruda, Hotti, Castratti, Clementi, Sereli und Coplicu am 11. d. M. in Tuzi zu einer Versammlung zusammengetreten, um über ihre Stellungnahme zu der zwischen der Pforte und Montenegro vereinbarten Grenzberichtigung zu berathen. Dieselben haben nun, wie seither bekannt wurde, den Beschluß gefaßt, an den Vali von Scutari ein Schreiben in dem Sinne zu richten, daß sie es nicht für zweckmäßig halten, ihre Ansichten über die Grenzfrage und ihre Absichten betreffs derselben kundzugeben, und daß sie hierfür den geeigneten Augenblick erst dann für gekommen erachten werden, wenn die internationale Commission für die Grenzberichtigung an Ort und Stelle zusammengetreten sein wird.

Des Weiteren beschlossen sie, jeden, sei es von montenegrinischer, sei es von der türkischen Regierung selbst ausgehenden Versuch, der auf die Änderung der gegenwärtigen Grenzen abzielen würde, mit Waffengewalt zurückzuweisen und die Regierung aufzufordern, daß sie von einer Verstärkung der gegenwärtigen Garnison von Tuzi, als einer überflüssigen Maßregel, absehen möge, da die Bergstämme selbst entschlossen seien, ihr Gebiet und dessen gegenwärtige Grenzen energisch zu überwachen. Endlich wurde auch der Beschluß gefaßt, an den Fürsten von Montenegro ein Schreiben zu richten, um ihm mitzutheilen, daß die genannten Bergstämme nicht beabsichtigen, in die zwischen der montenegrinischen Regierung und dem türkischen Commissar Bedri Bey vereinbarte Convention einzuwilligen und daß sie, wenn Montenegro einen Angriff auf ihr Gebiet unternehmen sollte, dasselbe bis zum Aeußersten zu vertheidigen entschlossen seien. Zum Schlusse des Schreibens soll jedoch dem Fürsten angedeutet werden, daß die Bergstämme bereit seien, vier Delegirte zur Entscheidung der Grenzfrage zu entsenden, wenn der Fürst auch seinerseits vier Delegirte als Schiedsrichter bestimmen würde, die mit den ersteren die Angelegenheit gemeinsam zu berathen hätten.

Die Versammlung der Führer der Bergstämme berieth auch über die Maßregeln, welche die Stämme im Falle eines Angriffes seitens Montenegros zu treffen hätten und zogen hierbei auch die Möglichkeit in Erwägung, daß die in ihrem Gebiete zerstreuten zahlreichen Flüchtlinge sich um ihre Fahne schaaren und auch die türkischen Einwohner von Podgoritza, Sabiak, Spuša, Niksić, Antivari und Dulcigno, welche nur mit Widerstreben das Joch der montenegrinischen Herrschaft ertragen, den Bergstämmen bei ihrer Action gegen Montenegro ihren Beistand leihen würden.

Es ist in dieser Provinz nichts Seltenes, daß die der Regierung zu leistenden Abgaben von Stämmen, welche Forderungen an die erstere haben, gepfändet werden. So haben auch die Hotti, Gruda und Castratti, denen die Regierung seit Längerem Löhne schuldet, die Bevölkerung des Dorfes Vraca verhalten, die an die Regierung abzuführenden Zehenten ihnen zu übergeben. Vielleicht steht den armen Dorfbewohnern das Schicksal bevor, daß die Regierung die Abgaben, ohne Rücksicht auf deren eigenmächtige Pfändung durch die genannten Stämme, unerbittlich eintreiben wird.

Wie bereits früher mitgetheilt wurde, hat der Vali von Monastir, Achmed Eyub Pascha, auf das Ansuchen der Notabeln von Dibra behufs Ausrottung der Räuberbanden, welche dieses Gebiet beunruhigen, fünf Bataillone dahin entsendet. Der Commandant der letzteren begann sein Pacificationswerk damit, daß er drei Strolche hängen ließ und fünfzig berüchtigte Individuen aus dem Gebiete von Dibra nach Monastir verbannte. Das energische Vorgehen des Commandanten scheint den Führern der Bergstämme dieses Gebietes nicht sonderlich gefallen zu haben. Wenigstens haben dieselben der Einladung des Commandanten, behufs Berathung der für die Pacification des Gebietes zu ergreifenden weiteren Maßregeln nach Dibra zu kommen, nicht Folge geleistet. Sie haben vielleicht kein reines Gewissen und argwöhnen daher möglicherweise in der Einladung des Commandanten eine Falle, durch welche sie dem Arme der Justiz überliefert werden sollen.

Bei dem gefährlichen Zündstoffe welcher auf der Balkanhalbinsel massenhaft angehäuft ist, darf man auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit wohl gespannt sein. Es wird der ganzen Ruhe und Umsicht der Pforte bedürfen, um neuen Kämpfen in diesen Gebietstheilen vorzubeugen.

Leipzig, 3. März 1883.

* **Zur parlamentarischen Lage** wird uns aus Berlin vom Donnerstag geschrieben:

Das **Abgeordnetenhaus** führte heute die Berathung des **Volksschuletats** zu Ende. Aus der Debatte ist wenig hervorzuheben. Das Schuldotationsgesetz ist vorläufig noch lange nicht zu erwarten, wie Herr v. Goßler mittheilte, da wegen der finanziellen Tragweite des Entwurfs im Staatsministerium noch viele Bedenken obwalten. — Beim Etat der **Kunstsammlungen** wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Museen und Gemäldegalerien dem Publicum auch des Abends zugänglich zu machen. Der Herr Cultusminister versprach Versuche mit elektrischer Beleuchtung der Kunsthallen anzustellen und von deren Ausfall die Gewährung des Gesuches abhängig zu machen. Um 3½ Uhr wurde die Sitzung bis 7½ Uhr vertagt. In der Abendsitzung wurde sodann noch das technische Unterrichtswesen erledigt.

Der Präsident des **Herrenhauses**, Herzog von Ratibor, hat den Mitgliedern durch Circular vom heutigen Tage mitgetheilt, daß am Mittwoch den 14. März und den folgenden Tagen Plenarsitzungen des Herrenhauses stattfinden werden. Da am 17. jedenfalls die Osterferien beginnen, so können höchstens vier Sitzungen stattfinden. Der Etat dürfte allerdings im **Abgeordnetenhause** bis zum 14. nur mit weiterer Zuhilfenahme von Abendsitzungen zu erledigen sein — wenn nicht die Herren vorher durch die täglichen sechs- bis siebenstündigen Sitzungen derart erschöpft sind, daß die meisten Etatstitel ohne Debatte angenommen werden. Bis jetzt ist allerdings von einer Erschöpfung noch nichts wahrzunehmen, und auch der Herr Cultusminister zeigt eine Frische und Vertrautheit mit seinem Ressort, welche die vollste Anerkennung verdient, sie aber, was recht charakteristisch für unsere politische Lage ist, weit mehr bei den liberalen Parteien findet als auf der rechten Seite, natürlich noch weniger beim Centrum.

Der „**Reichsbote**" meldet, daß der Herr Justizminister den Abgeordneten **Stöcker** und **Wagner** gegenüber den „besten Willen" geäußert haben soll, auf dem Verwaltungswege für Besetzung der **Einzelrichterstellen** mit christlichen Richtern Sorge zu tragen. In parlamentarischen Kreisen wird dieser Nachricht absolut kein Glauben beigemessen, dieselbe vielmehr als ein — und zwar ziemlich ungeschickter — Fühler angesehen. Dr. **Friedberg** steht streng auf dem Boden der Verfassung, welche durch die ihm angedichtete oder angesonnene Stellungnahme verletzt würde. Auf liberaler Seite hat man deshalb zur Zeit nicht die Absicht, diese Angelegenheit in der feierlichen Form einer Interpellation vor das Parlament zu bringen.

Der Führer der **Conservativen** im Abgeordnetenhause, Herr v. **Rauchhaupt**, hat gestern wiederum vor einer conservativen Versammlung in Berlin über die politische Lage gesprochen. Bemerkenswerth aus der Rede ist nur, daß der Delitzscher Landrath die Zeit für gekommen erachtet, unter dem Titel der officiösen Presse dem Fürsten Bismarck gute Lehren über politische Klugheit und Taktik zu ertheilen. Er halte es nicht für politisch klug, meinte Herr v. Rauchhaupt, wenn man in der officiösen Presse die Stellung Windthorst's zu erschüttern suche, das bringe man ja doch nicht fertig, im Gegentheil man befestige ihn. Es sei auch ein Fehler, die Ultramontanen als Reichsfeinde hinzustellen. Man sieht, die heutigen Conservativen bedürfen noch starker Monita von obenher, ehe sie die erforderliche Bescheidenheit für eine Partei Bismarck haben.

* **Aus Berlin** wird uns geschrieben: „Der Rechtsanwalt **Kauffmann in Berlin**, welcher Seconde-Lieutenant des 1. Garde-Landwehr-Regiments war, hat gegen seinen Willen den Abschied erhalten. Herr Kauffmann hat bisher in keiner Weise irgend eine besondere politische Begabung gezeigt, indessen hat sich der Herr als **fortschrittlicher Agitator** gebrauchen lassen. Besonders ist er als Vorsitzender des fortschrittlichen Vereins „**Waldeck**" aufgetreten. Wir sind überzeugt, daß der lebende Waldeck gegen diesen Mißbrauch seines Namens protestirt hätte. Der Verein besteht und recrutirt sich vorwiegend aus Lehrlingen und Commis des Mühlendamms und der Spandauerstraße, jungen Menschen, welche Nichts gelernt, aber das Bedürfniß haben, eine Rolle als Politiker zu spielen. Die Seele der Vereinigung ist Herr **Ludwig Löwe**, und dessen Commis, ein Herr **Julius Weiß**, war der erste Vorsitzende des Vereins, welchen Herr Kauffmann ablöste. Wenn Wahltag ist, erhalten die jungen Mitglieder — meistens Commis — Urlaub und dienen als Zutreiber säumiger fortschrittlicher Wähler, Wahlzettelvertheiler ꝛc. Daß eine solche Gemeinschaft nicht nach dem Geschmack eines preußischen Officiercorps ist, wird kaum Wunder nehmen, ist es doch eine Thatsache, daß sich alle wirklich gebildeten Elemente, auch wenn sie im Uebrigen noch so fortschrittlich gesinnt sein mögen, hier im höchsten Grade abgestoßen fühlen, und daß dieser, wie er im Volksmunde heißt, „schwarze Fortschrittsverein" der liberalen Partei in Berlin mehr geschadet hat, als alle Stöcker'schen Agitationen. — Nachdem man vorher Herrn Rechtsanwalt Kauffmann in vertraulicher Weise einen Wink gegeben, hat er zwar den Vorsitz niedergelegt, ist aber weder aus dem Verein ausgeschieden, noch hat er die Vorträge in demselben aufgegeben. Man findet in hiesigen liberalen Bürgerkreisen, welche nicht nöthig haben, auf unreife Jünglinge Rücksicht zu nehmen, das Vorgehen gegen Herrn Kauffmann nicht nur erklärlich, sondern sogar gerechtfertigt. — Daß übrigens die fortschrittlichen Angriffe gegen unser Heer im Auslande so gedeutet werden, wie wir mit Recht befürchtet haben, zeigt ein Artikel des „Figaro", welcher aus den letzten Debatten im Reichstage den Schluß zieht, daß die Armee in Deutschland durchaus unpopulär ist und von dem Bürgerstande besonders darum scheel angesehen werde, weil in das Officiercorps nur adelige Officiere aufgenommen werden. Die Schlußfolgerungen des Pariser Blattes wiederzugeben, wollen wir uns ersparen."

* In einer in Dortmund gehaltenen Wahlrede zur Empfehlung der Candidatur des Herrn Lenzmann hat der Abg. **Traeger** auch die **kirchenpolitische Frage** berührt und geäußert: Es sei hohe Zeit, dem Culturkampf ein Ende zu machen. Gerade im jetzigen Augenblick ist dieser Ausspruch eines Führers der **Fortschrittspartei** sehr bedauerlich. Auf welche Weise Herr Traeger dem Culturkampf ein Ende machen will, hat er nach den vorliegenden Berichten nicht näher entwickelt. Allein die Haltung der Curie und der ultramontanen Partei hat soeben wieder ganz klar gezeigt, daß dieser Kampf eben nur dann zu Ende geht, wenn man Alles erfüllt, was die Klerikalen verlangen, auf Alles verzichtet, was die Falk'sche Gesetzgebung zum Schutze gegen kirchliche Uebergriffe errichtet hat. In einem solchen Augenblick ganz allgemein die Forderung zu erheben, daß dem Culturkampf ein Ende gemacht wird, heißt nichts Anderes, als völlige Unterwerfung unter den Ultramontanismus, und trägt wesentlich dazu bei, jene maßlosen Ansprüche hervorzurufen, in die uns in den jüngsten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wieder ein erschreckender Einblick gewährt worden ist. Das ist die Stimmung und Gesinnung, in welcher sich die äußerste Rechte und die äußerste Linke mit dem Centrum begegnen, und woraus Herr Windthorst den Muth zu seinen bekannten Anträgen schöpft, die ja leider mitunter eine Majorität finden, woraus dann mit einem Schein von Berechtigung gefolgert wird, daß die Mehrheit des deutschen Volks die Gerechtigkeit der klerikalen Forderungen anerkennen. Es handelt sich in Dortmund um die Gewinnung ultramontaner Wahlstimmen. Allein das sollte doch nicht berechtigen, im gegenwärtigen kritischen Augenblick als kirchenpolitische Parole der Fortschrittspartei ohne Einschränkung den Satz zu verkünden: dem Culturkampf muß ein Ende gemacht werden.

* Für die Bestrebungen der **Ultramontanen** auf dem **Gebiete der Schule** sind die jüngsten Verhandlungen des **preußischen Abgeordnetenhauses** sehr belehrend. Wir haben schon verschiedene charakteristische Ergebnisse dieser Verhandlungen hervorgehoben; besondere Aufmerksamkeit verdient auch eine vom Abg. **Morren** beantragte Resolution, welche die Festsetzung einer bestimmten Altersgrenze für die Entlassung aus der Volksschule in Wegfall bringen will und thatsächlich darauf hinausläuft, die **Dauer der Schulpflicht herabzusetzen**. Die Resolution ist einstweilen zurückgezogen worden mit dem Vorbehalt, sie in der dritten Lesung wieder aufzunehmen. Man darf begierig sein, ob auch dieser Antrag bei den Conservativen Beifall findet. In Oesterreich sind die Klerikalen bekanntlich mit Erfolg beschäftigt, dasselbe Ziel, Verminderung der Schulbildung, zu erreichen und in Bayern ist die ultramontane Agitation eifrigst in der nämlichen Richtung bemüht. Man sieht, um welche Fragen es sich bei dem von Windthorst verkündeten Kampf um die Schule handelt. Es ist wirklich Zeit, daß diesem Spuk im preußischen Staat bald ein Ende gemacht wird.

* Der Veröffentlichung des **Schreibens des Kaisers an den Papst** darf man, wie verlautet, nach Beendigung der Berathung des Cultusetats entgegensehen.

* Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Herr von **Bennigsen** neulich eine längere Unterredung mit dem Fürsten **Bismarck** gehabt hat. Interessant ist die nachträgliche Bemerkung der „Weser-Z.", daß Herr **Miquel**, der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., an der Besprechung Theil genommen habe.

* **Ein treues und verdientes Mitglied der nationalliberalen Partei, ein Mann von ehrenhaftestem und liebenswürdigstem Charakter, ist am Mittwoch in der Person des Oberbürgermeisters Schlichter von Wiesbaden gestorben.** Der Verstorbene, der ein Alter von nur 52 Jahren erreicht hat, vertrat zwei Legislaturperioden hindurch (1877 bis 1882) den Wahlkreis Rheingau-Meisenheim im Abgeordnetenhause und zeichnete sich besonders durch seine vielseitigen Kenntnisse in communalen und Verwaltungsfragen aus. Die Bewerbung um ein Mandat bei den letzten Wahlen hatte er ausgeschlagen. Erst vor einigen Monaten hatte er seine Stellung als Amtsgerichtsrath in Eltville mit der des Oberbürgermeisters von Wiesbaden vertauscht.

* * *

* **Das österreichische Abgeordnetenhaus** setzte am Donnerstag die Generaldebatte über das **Budget** fort. Der Finanzminister trat für die unveränderte Annahme des Budgets ein und wies darauf hin, daß man sich seit drei Jahren dem großen Ziele der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt stetig nähere. Der Minister behält sich vor, auf die Einwendungen gegen die Steuervorlage bei gegebener Gelegenheit später zu erwidern. Wenn die Linke an deren Zustandekommen nicht mitwirken wolle, dann müsse die Majorität allein dieselben gründlich erörtern. Der Kern der Vorlage gehe nur dahin, das bis jetzt noch steuerfreie Einkommen zu treffen. Der Minister widerlegte sodann verschiedene von den Rednern der Opposition erhobene Einwendungen und erklärte schließlich, die Regierung habe ihre erste Aufgabe, alle Bevölkerungen Oesterreichs auf dem Boden des Parlamentarismus zu vereinigen, erfüllt, sie gebe jetzt unablässig ihren weiteren Aufgaben nach. (Beifall.) Coronini trat Namens seiner Partei für das Budget ein, die auf Versöhnung und Verständigung gerichtete Idee des Ministeriums Taaffe sei nur zu billigen, er sei stets für dieselbe eingetreten, die Härten der neuen Steuervorlagen sollten gemildert, die Ungleichheiten sollten ausgeglichen werden. Die Generaldebatte wurde hierauf geschlossen, Freitag werden nur noch die beiden Generalredner für und gegen die Budgetvorlage und der Berichterstatter das Wort nehmen. — Das **ungarische Abgeordnetenhaus** hat die Vorlage, welche die Beurtheilung der Giltigkeit der Wahl seiner Mitglieder dem obersten Gerichte zuweist, abgelehnt, weil es die Rechte des Parlaments nicht schmälern will.

* Die in **Wien** circulirenden **Ministergerüchte** werden uns von dort auf das Entschiedenste dementirt. Die Gerüchte bezogen sich auch auf die Stellung des Kriegsministers Grafen **Bylandt**, dessen angeblich bevorstehende Demission und Ersetzung durch den Landesvertheidigungsminister Grafen Welsersheimb als eine Ausstreuung bezeichnet wird, für welche aller und jeder Anhaltspunkt fehlt.

* Der in **Cetinje** bei dem **montenegrinischen Hofe** auf Besuch weilende serbische Kronprätendent, Fürst Peter **Karageorgewitsch**, soll sich mit einem ungarischen Zeitungs-Correspondenten längere Zeit über die politischen Verhältnisse Serbiens unterhalten haben. Der Fürst bemerkte, er sei der legitime Erbe des serbischen Thrones und seine Familie habe auch für die Befreiung Serbiens vom Türkenjoche die größten Opfer gebracht. Er hoffe, daß das serbische Volk sich dieser geschichtlichen Thatsachen einmal erinnern werde, aber er habe durchaus nicht die Absicht, sich an einem gewaltsamen Unternehmen gegen die jetzt in Serbien herrschende Dynastie Obrenowitsch zu betheiligen oder ein solches auch nur gut zu heißen. Er, Peter Karageorgewitsch, könne geduldig warten, bis das serbische Volk ihn rufe. König Milan und seine Regierung hätten schon lange durch ihre unpatriotische Haltung die Zuneigung des serbischen Volkes verscherzt, ja es wären vielleicht schon entscheidende Ereignisse eingetreten, wenn die Führer der Nation im Hinblicke auf gewisse Verhältnisse der Balkanhalbinsel und die nächste Zukunft das serbische Volk nicht zurückgehalten hätten. Ein völliger Umschwung stehe aber im gegebenen Augenblicke jedenfalls in Aussicht.

* Unter den **dänischen Studenten** hat sich, wie die „Nat.-Ztg." meldet, eine Partei gebildet mit dem ausgesprochenen Zweck, zu Gunsten einer Annäherung Dänemarks